

Inge Höger

Wie ist Rohstoffabbau für soziale Entwicklung möglich? Ansätze für eine linke Rohstoffpolitik

Deutschland und die Industrienationen beuten die Rohstoffe der Länder des Südens nahezu uneingeschränkt aus. Daran hat sich seit den Kolonialzeiten wenig geändert. Auch der Kolonialismus wurde vor allem im 19. Jahrhundert angetrieben durch den Wettlauf der Kolonialmächte um Bodenschätze und durch geostrategische Überlegungen. Die Kolonialmächte sicherten sich den Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten in den Kolonien durch Besetzung und direkten Einfluss. Heutzutage sichern sich die Industrienationen den Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten durch Freihandelsabkommen und/oder Militär. Die internationale Politik wird bestimmt durch die Konkurrenzsituation verschiedener imperialer Akteure – besonders der alten (G7) und der neuen (BRICS) Wirtschaftsmächte.

Es geht den Wirtschaftsmächten nicht nur um Zugang zu Öl und Gas, sondern zu zahlreichen weiteren Rohstoffen, die für die industrielle Entwicklung wichtig sind. Es geht um Erze, um Uran, um Kohle, um seltene Erden, aber auch um Land und Wasser. Heute werden weltweit mehr Rohstoffe verbraucht als jemals zuvor, Tendenz steigend. Allein zwischen 1980 und 2010 hat sich der weltweite Rohstoffverbrauch jährlich von unter 40 Milliarden auf über 80 Mrd. Tonnen mehr als verdoppelt. Dabei sind die Rohstoffvorkommen endlich – das steigert aber nur das Interesse der Industrienationen am gesicherten Zugang zu Rohstoffen zu möglichst geringen Preisen.

Damit einher geht ein Kontrollanspruch der Abnehmerländer über Bedingungen des Abbaus, des Handels und der Transportwege. Diese Kontrolle wird einerseits über Freihandelsabkomme ausgeübt und andererseits durch Militärinterventionen oder die Ankündigung von Militärinterventionen.

Bereits anlässlich des Gipfels von Rom vom 8. November 1991 hat die NATO ein neues strategisches Konzept verabschiedet. Sie sah Risiken u.a. in „*der Störung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen sowie von Terror- und Sabotageakten*“. Inzwischen wurde daraus sowohl bei der NATO als auch ihren Mitgliedsstaaten und in der EU eine umfassende Kriegs- und Interventionsstrategie.

Aus linker Sicht ist es deshalb unbedingt notwendig, die ökologischen sowie die sozialen Folgen des extensiven Rohstoffabbaus gemeinsam

mit den Betroffenen zu minimieren. Wir wollen TTIP, CETA etc. verhindern, aber auch bereits existierende Freihandels- bzw. Partnerschaftsabkommen ersetzen durch eine faire Handelspolitik, die auch eine nachholende Entwicklung und ein ökologisches Umsteuern ermöglicht.

Damit die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen den betroffenen Bevölkerungen sowie den von den Einnahmen abhängigen Staaten zu Gute kommt, müssen allen Ländern – aber vor allem den Ländern des globalen Südens – regulierende Maßnahmen im Rohstoffhandel erlaubt werden. Sie brauchen nicht nur die Kontrolle über ihre Ressourcen, sondern auch die Möglichkeit mit Steuern und Zöllen ihre Einnahmen zu verbessern und den Abbau zu begrenzen.

Die Rechte von Konzernen müssen eingeschränkt und Pflichten eingeführt werden. Insbesondere darf es in Handels- oder Freihandelsabkommen keine Regeln geben, die Ausfuhrbeschränkungen durch Steuern und Mengenbegrenzungen für die eigene Entwicklung der Länder des Südens verbieten. Die Rohstoffländer brauchen Freiräume für die Anpassung der Bedingungen an veränderte ökonomische, politische oder ökologische Gegebenheiten. Sie haben das Recht, Investitionen im Rohstoffsektor zu steuern und zu gestalten. Dies Recht darf nicht durch Abkommen ausgesetzt werden. Die EU darf nicht länger darauf drängen, Streitfälle vor Schiedsgerichten zu verhandeln. Notwendig sind transparente Gerichtsverfahren zwischen Staaten. Und jeder Vertrag muss jederzeit kündbar und überprüfbar und veränderbar sein. Klauseln, die den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt untergraben, müssen als unzulässig bzw. ungültig erklärt werden bzw. sind solche Regelungen in neuen Abkommen zu vereinbaren.

Für Rohstoffverbrauchende Unternehmen ist eine verbindliche Sorgfaltspflicht entlang der gesamten Rohstoffkette zu verankern. Und die Transparenz in der Handels- und Investitionspolitik muss dringend erhöht werden. Parlamente und Zivilgesellschaft in Nord und Süd sind ernsthaft in die Ausarbeitung von Strategien betreffend des Rohstoffsektors einzubeziehen.

Die Rohstoff importierenden Konzerne tragen neben den Regierungen der Gastländer die Hauptverantwortung für die Zustände in den Fabriken und Bergwerken vor Ort. Die Durchsetzung von Menschenrechten hat nichts mit freiwilligen Vereinbarungen sondern mit internationalem Recht zu tun und dies muss überall durchgesetzt werden. Die Konzerne müssen die Verantwortung für die gesamte Lieferkette übernehmen und dürfen sich nicht länger damit rausreden, dass sie nichts über die Zustände in den Abbaugebieten wissen bzw. nicht dafür verantwortlich sind. Ein Unternehmensstrafrecht muss eingeführt werden, das

Menschenrechtsverletzungen bei der Erzeugung von Gütern generell unter Strafe stellt.

Vor allem brauchen wir ein Umdenken bzw. Umsteuern in den Industrienationen: ein sparsamer Umgang mit Ressourcen verringert auch den Druck auf ressourcenreiche Länder.

Letztendlich ist ein Umsteuern der Verschwendung von Ressourcen nur mit einer anderen Produktionsweise möglich. Im Kapitalismus regieren Markt und Wettbewerb und Profit. Allen Wirtschaftskrisen zum Trotz werden in immer kürzerer Zeit immer mehr Güter produziert, die in immer kürzerer Zeit durch neue ersetzt werden sollen. So gibt es z.B. heute bereits eine Milliarde Fahrzeug auf der Welt. Es gibt Prognosen, dass die Zahl bis 2050 auf drei Milliarden ansteigt. Doch nicht nur der Automarkt wächst. Daneben gibt es immer mehr kurzlebige Haushalts- und Elektrogeräte, bei Mobiltelefonen soll man sich laut Werbung jedes Jahr ein neues zulegen. Auch Kleidung ist inzwischen ein Wegwerfprodukt bei immer kürzeren Modeintervallen. All dies frisst immer größere Mengen an Ressourcen. Angesichts der Endlichkeit der Ressourcen, der Umweltschäden beim Abbau und des Klimawandels ist ein Umsteuern dringend erforderlich.

Zusammengefasst: je erfolgreicher unsere Kämpfe für eine andere Politik und eine andere Produktionsweise, für einen Ökosozialismus sind, umso besser werden die Rahmenbedingungen für die Kämpfe im globalen Süden.
